

VERFAHRENE BKW-POLITIK

Unter öffentlichem Druck beschloss der Bundesrat nach Fukushima, auf die bisherige Strategie der neuen AKW zu verzichten. Das war ein Tiefschlag für die Stromkonzerne. Seit Jahren hatten sie mit der Atompolitik eine Energiewende sabotiert.

Der „rot-grün“ dominierte Kanton Bern, Mehrheitsaktionär der BKW, hatte diesem Treiben zugeschaut. Die BKW verpasste eine gescheite Positionierung als Energiedienstleistungsunternehmen für Sparmassnahmen und dezentrale Produktion. Stattdessen setzte sie auf den internationalen Stromhandel, welcher heute 50% des Stromumsatzes ausmacht. Aber wegen den aktuell tiefen Marktpreisen sind die Exporte unrentabel, und Strom einzukaufen ist billiger, als Kraftwerke zu bauen.

Nach wie vor spielt das AKW Mühleberg eine entscheidende Rolle. 50 Millionen bringt der Schrottreaktor jährlich ein. Statt ursprünglich geplanter 170 Millionen für

grössere Nachrüstungen gibt die BKW jetzt an, 15 Millionen für weitere 6 Jahre einzuschliessen. Das ist nichts gegenüber den Risiken, welche endlich auch das ENSI – die schweizerische Atombehörde – eingesteht: Die Wahrscheinlichkeit für grosse frühzeitige Verseuchungen der Umwelt sind gemäss schweizerischen Richtlinien zu gross. Wohlgemerkt, diese Wahrscheinlichkeitsrechnungen beziehen sich auf Fukushima-Szenarien!

Noch droht dem AKW ein juristisches Stilllegungsverfahren. Im Gegensatz zum Verfahren um die unbefristete Betriebsbewilligung wurde jenes vom Bundesgericht an das UVEK zurück gewiesen. Überdies darf die kantonale Initiative zur Stilllegung Mühlebergs nicht unterschätzt werden, auch wenn der Kanton dagegen hetzt und die Kräfteverhältnisse einseitig sind. Noch hat die BKW den gewünschten Abschalttermin nicht im Sack.

Jürg Aerni, Fokus Anti-Atom



BERNER GEMEINDERAT LÄSST SICH VON DEN BKW EINSEIFEN!

Dringliche Interpellation Luzius Theiler (GPB-DA): Wie kann der Gemeinderat erfreut sein, dass das AKW Mühleberg die Stadt noch bis 2019 bedrohen darf?

Intervention der PdA an der Stadtratssitzung vom 28.11.2013

Es ist nie zu spät, um zu lernen, um beispielsweise zu kapieren, dass wir alle seit vielen Jahren von den BKW an der Nase herumgeführt werden. Der Berner Gemeinderat hat eben gerade – leider – eine weitere Chance verpasst. Seine freudige Reaktion auf die erst jüngst verlautbarte finale Karriereplanung für das atomare Ballenberg beim Wohlensee und seine Antwort auf die Dringliche Interpellation von Luzius Theiler fallen punkto Lernfähigkeit äusserst bescheiden bis enttäuschend aus.

Wenn es um die immer wieder diskutierte „Sicherheit“ des Reaktors von Mühleberg geht – falls denn der Begriff der Sicherheit in Bezug auf diesen Pannenreaktor überhaupt noch sinnvoll ist! – und wenn es schliesslich um die Gefahren für die Bevölkerung geht, verbietet sich Blauäugigkeit. Das sollte doch gerade auch und ganz speziell für den Gemeinderat einer Stadt gelten, die das Risiko zu tragen hat: das volle Risiko!

Die bisherigen Winkelzüge der BKW – immer wieder ausgeblendet oder gar gedeckt sowohl von der Berner Kantonsregierung wie auch von den nationalen Kontrollbehörden – brauche ich hier nicht ein weiteres Mal aufzulisten. Dass es munter im genau gleichen Sinne weitergeht, ist aber immerhin eine Bemerkung wert. Wenn der Bund einen Sicherheitszuschlag für die Stilllegung von AKWs fordert: Wer wird sich wohl dagegen stellen? Richtig: die BKW und ihr Berner Regierungsrat. Ein solcher Zuschlag sei überhaupt nicht gerechtfertigt – es gelte abzuwarten. Kommt uns das nicht irgendwie vertraut vor? Unter diesen Vorzeichen braucht es dann auch überhaupt keinen Drang zum Hellsehen oder Schwarzmalen, um vorauszusehen, wo das nächste Debakel der BKW nach der Stilllegung von Mühleberg liegen wird. Wie gehabt: Stadt und Kanton bleiben in der Geiselhaft!

Dabei hätte der Gemeinderat doch jetzt die Möglichkeit, die unmittelbaren wie auch die längerfristigen Interessen der Bernerinnen und Berner ohne Wenn und Aber

in die Waagschale zu werfen. Der Berner Gemeinderat hätte aber nicht nur die Möglichkeit und das Recht – sondern auch die Pflicht, „gegenüber dem Kanton und dem AKW-Betreiber alles in seiner Macht stehende zu tun, um eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg zu erreichen“ und dabei „alle Bestrebungen auf politischer und rechtlicher Ebene aktiv zu unterstützen, die eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg anstreben.“ So steht es in einer Dringlichen Motion der Partei der Arbeit, die in der Stadtratssitzung vom 12. Mai 2011 erheblich erklärt worden ist. Wie sich der Gemeinderat um diesen klaren Auftrag immer wieder herumdruckst, wird wohl mittlerweile nicht nur den Motionär irritieren.

Aber keine Rede davon, dass der Berner Gemeinderat gegenüber den BKW endlich den Tarif durchgeben würde – und das transparent und öffentlich: Berns Bevölkerung hat ein Recht darauf! Wir haben die Nase gestrichen voll von den Machenschaften der BKW: Volksbetrug wird auch dann nicht tragbar, wenn er von Regierungen gedeckt wird! Wie lange noch müssen wir auf ein unmissverständliches Signal des Gemeinderats warten, das von den BKW und vom Berner Regierungsrat verstanden wird – aber auch von der ganzen Bevölkerung des Kantons und von denen, die ihre Interessen zu vertreten behaupten? Ausstiegsfolklore genügt nicht mehr. Das Fass ist nun wirklich voll. Da hilft nur noch eins: Mühleberg stilllegen – und zwar sofort!

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 28. November 2013

Impressum:

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9

KEINE SICHERHEIT ABER REPRESSION



KEINE HAUSARBEITERIN IST ILLEGAL! WETTBEWERB

Mit einem Kunstwettbewerb will die Kampagne "Keine Hausarbeiterin ist illegal!" die Öffentlichkeit anregen, sich mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Hausarbeiterinnen ohne geregelten Aufenthaltsstatus auseinanderzusetzen. Die Sieger des Wettbewerbes wurden am 10. November 2013 im Kino RiffRaff prämiert. Sieger in der Kategorie Bild und Gewinner des goldenen Besens ist unser Grafiker Christoph Stettler mit "Staubsauger".

mehr zur Kampagne auf www.khii.ch

KEINE SICHERHEIT KEINE PAPIERE

ZEIGEN WIR DEN REPRESSIONS- HOOLS DIE ROTE KARTE! VERHINDERN WIR EINEN REPRESSIVEN VORZEIGEKANTON!

Neues Sozialhilfegesetz, „Hooligan-Konkordat“, Internetpranger: drei herausragende Stichworte der vergangenen Legislatur und zugleich drei hervorragende Angriffe auf die Grundrechte der Bevölkerung des Kantons Bern. Diese Massnahmen haben zwar jeweils unterschiedliche Bevölkerungsgruppen im Visier, hinter ihnen steckt aber die gleiche undemokratische Logik der Ausgrenzung, Stigmatisierung, Bestrafung. Für ganze Gruppen wird damit der Persönlichkeits- und Datenschutz ausgehebelt und sie werden der öffentlichen Ächtung ausgeliefert.

Unschuldsumvermutung und staatliche Beweislast und -pflicht gehören damit längst der Vergangenheit an. Gesellschaftliche Vorverurteilung und Ausgrenzung basieren auf dem Generalverdacht gegenüber bestimmten Gruppen der Bevölkerung, beruhen auf gegenseitigem Misstrauen und auf gezieltem Missverstehen. Deren

Bestrafung wird vorverlagert: ins vorgerichtliche Feld. Wer einmal in diese Mühle gerät, wird sich so leicht nicht wieder herauswinden können. Soll er ja auch nicht, wenn das Kalkül der Spalter und Ausgrenzer aufgehen soll!

Mit solchen repressiven Initiativen treibt der Kanton Bern schweizweite Bestrebungen an. Das darf auch nicht erstaunen, wenn die Sicherheitsdirektoren von Kanton und Stadt Bern sich grossspurig und stolz zur Avantgarde der Repression aufplustern. Diese unersättlichen Herren gilt es endlich zu stoppen – und zwar samt ihrem breiten RRM-Bündnis: Reaktionäre, Rechtsbürgerliche und eine „Mitte“ aus selbstgefälligen Opportunisten haben in diesem Kanton jetzt schon genug Schaden angerichtet mit ihrer Ausgrenzungspolitik. Eine Antwort kann sich allerdings nicht auf die Wahlurnen beschränken. Die RRM-Herrschaften müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen und im ganzen Kanton zurückgedrängt werden – in Stadt und Land, am Arbeitsplatz und im Quartier, in den Schulen und auf der Strasse!

PINTOLERASOZIALREPRES- SICHERHEITEREFAPNE

Interpellation Rolf Zbinden (Partei der Arbeit):

SCHLUSS MIT DEM PERMANENTEN ETIKETTENSCHWINDEL BEI PINTO!

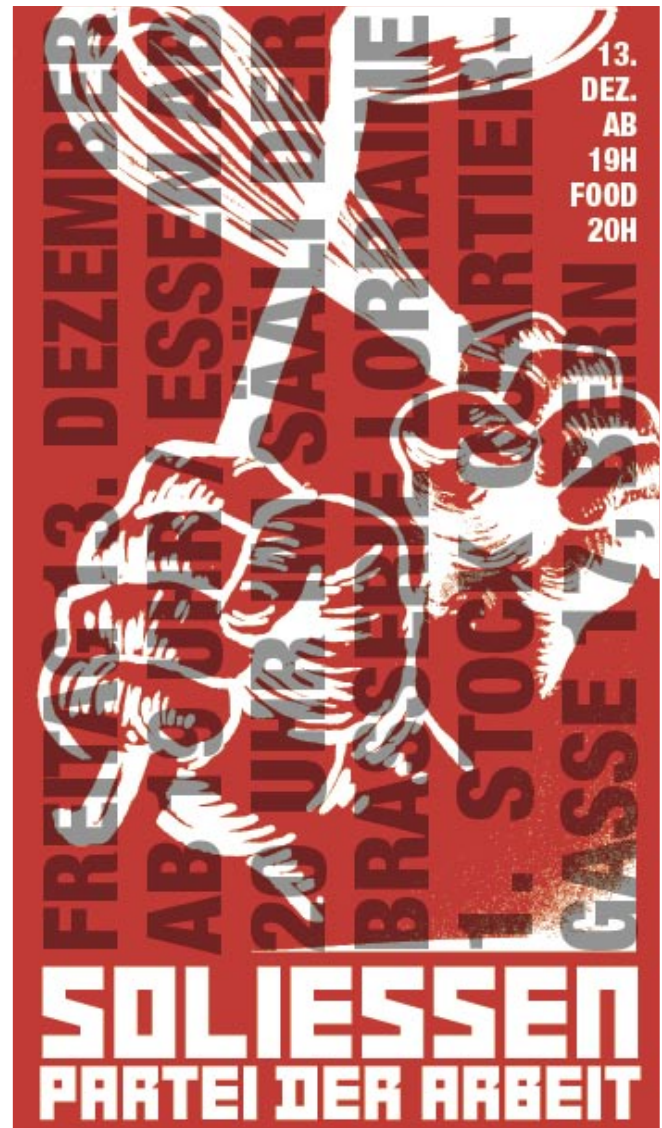
Auf dem Stellenportal der Geschäftsstelle sozialinfo.ch ist seit dem 16. Oktober dieses Jahres eine 80%-Stelle als Mitarbeiter/Mitarbeiterin PINTO per 1. Februar 2014 ausgeschrieben. Im Stellenbeschrieb wird explizit und mehrfach als Aufgabenbereich „aufsuchende Sozialarbeit“ erwähnt, womit ein klar definierter Begriff aus dem Arbeitsfeld professioneller Sozialarbeit Eingang ins Stellenprofil findet. Wer allerdings nun erwartet, dass für die Bewerbung eine Ausbildung (ein Studium) in Sozialarbeit vorausgesetzt wird, sieht sich herb enttäuscht: Eine nicht näher definierte Berufslehre und Berufserfahrung z.B. im Sicherheitsbereich genügen vollständig!

Mit diesem Stellenbeschrieb entlarvt sich PINTO ein weiteres Mal als Mogelpackung, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit ohne entsprechenden professionellen Hintergrund mit dem Image der Sozialarbeit kokettiert und – bisher unbehelligt – im Aufgabenbereich einer renommierten Berufsgruppe wildert. Der im Auftrag von PINTO formulierte abenteuerliche Spagat zwischen sozialarbeiterischen und repressiven Funktionen offenbart sich in der Stellenausschreibung aufs deutlichste und der Angriff auf das Betätigungsfeld seriöser Sozialarbeit wird damit zementiert.

Die Partei der Arbeit will vom Gemeinderat wissen:

- Ob er sich der durch solche Stellenbeschriebe provozierten Folgen für die seriöse, professionelle Sozialarbeit – gerade auch in den Brennpunkten und vor Ort – bewusst ist?
- Ob er die mit Stellenprofilen dieser Art auf unvermeidliche Weise einhergehende Diskreditierung professioneller Sozialarbeit billigend in Kauf nimmt?
- Ob er die Signalwirkung solcher Stellenbeschriebe gegenüber den betroffenen Berufsverbänden gezielt einsetzt?

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 28. November 2013



**PdA-SOLIESSEN FREITAG 13. DEZEMBER
AB 19h IM SÄÄLI DER BRASSERIE LORRAINE**

Vor uns liegen die Grossratswahlen und die PdA Bern will einen Sitz gewinnen. Dafür müssen wir uns stärken. Kurz vor der Wahlkampfzeit wollen wir noch einmal gemütlich zusammensitzen und gleichzeitig unsere Kampfkasse füllen. Der Richtpreis ist: CHF 60.– und der Solipreis: CHF 100.–. VegetarierInnen bitte bei der Anmeldung angeben. Anmelden per Mail: mail@pdabern.ch oder per Post: PdA Bern, Postfach 7501, 3001 Bern.